

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1931

7 (15.1.1931)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-887943](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-887943)

Wachrichten

für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitung: 5. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Kontroversverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die einspaltige Spaltenzeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einspruchsrecht.

Schleifach 17

Vertrauf Nr. 90

Nr. 7

Elsfleth, Donnerstag, den 15. Januar

1931

Chronik des Tages.

— Reichspräsident von Hindenburg hat den Reichsaussenminister Dr. Curtius zum Vortrag empfangen.
— Die Vertreter Vorpommerns trugen dem Reichspräsidenten den Wunsch vor, den Regierungsbezirk Stralsund in die Diözese einzubeziehen.
— Polen beruft sich in seiner Antwortnote an den Völkerbundrat durch völlige Verdrängung der Tatsachen rein zu waschen.
— Die Pariser Völkervereinigung ist nach einjähriger Unterbrechung wieder zusammengetreten, um das Militärkomitee aufzulösen und neue „Richtlinien“ für die Prüfung der „deutschen Rationen“ auszuarbeiten.
— Bei den Aufräumungsarbeiten an der Unglücksstelle in Ebon, wo im November durch einen Erdbeben ein ganzes Häuserviertel einstürzte und zahlreiche Todesopfer forderte, stießen Arbeiter auf einen großen unterirdischen See.
— Die Befragung des noch immer verhafteten amerikanischen Frachtlugzeuges „Ladewind“ hat man jetzt endgültig verloren gegeben.

Golassowiz.

Zusammenbruch der Anklage gegen die deutsche Minderheit.

Als die Polen nach ihrem durch brutale Gewalt erzwungenen „Wahlstief“ in Ostoberschlesien merkten, daß Deutschland die Unterdrückung des deutschen Volksstammes nicht widerspruchslos hinnehmen und in Genuß seiner Rechte treten würde, legte man den Völkervereinigung eine umfangreiche Entlastungsschrift ein. Ein Belegstück dieser Entlastungsschrift sollte der Fall Golassowiz bilden. Dieser Versuch ist jedoch vollständig mißlungen.

Vor der Wahl war es in dem ober-schlesischen Ort Golassowiz im Kreise Myslowitz zu einem blutigen Zwischenfall gekommen. Bei einem nächtlichen Aufbruch wurde der polnische Polizeibeamte Sznapka erschossen. Sofort bemächtigte sich die polnische Regierung dieses Falles und suchte ihn politisch gegen die deutsche Minderheit auszunutzen. Dieser Versuch, dem Prozeß eine politische Tendenz zu unterstreichen, geht schon aus folgenden Sätzen der Anklageschrift hervor: „Die Beweggründe des Mordes sind auf den polnischen Agitation, in dem Gegenstand der Nationalität und in dem Haß der Mitglieder der nationalen Minderheit gegen den polnischen Staat zu suchen. Dies findet noch seine Bestätigung in der seit einiger Zeit verstärkten organisatorischen Tätigkeit der deutschen Minderheit im dortigen Gebiet und in der Tatsache, daß alle Angeklagten der deutschen Minderheit angehören.“ Diese in das Bereich politischer Agitation fallende Verurteilung wurde in der polnischen Presse noch in bedeutend verstärkter Weise wiederholt. Man ging dort soweit, von einem deutschen Stoßtrupp zu sprechen, der unter Führung des Kapitäns Harfing den Polizeibeamten Sznapka in bestialischer Weise ermordet habe.

In der fünftägigen Verhandlung vor dem Appellatgericht ist die „nationale“ Anklage völlig zusammengebrochen. Das Beweisverfahren hat auch nicht das Geringste ergeben, wodurch die von polnischer Seite vorgebrachten angeblichen politischen Beweggründe des Prozesses bestätigt worden sind. Im Gegenteil wurde die polnische Untersuchungsbehörde aufs schwerste belastet. Es wurde ihr vorgeworfen, daß sie die Angeklagten in der Haft mißhandelt und zu Geständnissen gezwungen hat. Während von zahlreichen Zeugen und Angeklagten kategorisch behauptet wurde, daß sie bei der ersten Vernehmung auf Köpfe trafen und bedroht worden sind, kritisierte die polnischen Beamten zunächst rundweg jede Möglichkeit derartigen Missetaten ab. Schließlich gab jedoch einer der Kommissare zu, er habe einzelne Angeklagte hinter gelassen, „jedoch hätte sie selbst darum gebeten, Kritik zu dürfen.“ Es wäre auch möglich, daß Kohlenstücke im Raum verstreut gewesen wären, da die zum Anzeigen bestimmte Kohle in Schaufeln hingebracht worden sei!

Am Schluß der Verhandlung gab es eine unerwartete Ueberraschung, durch die der Staatsanwalt, der bekanntlich hinter den Namen der einzelnen Angeklagten den Vermerk „deutscher Nationalität“ angebracht hatte, schwer desavouiert wurde. Nach Beendigung der Zeugenvernehmung verlangte der Verteidiger, daß das Gericht die Angeklagten nach ihrer Nationalität befrage. Unter allgemeiner Bewegung im Zuschauerraum bekamen sich drei der acht Angeklagten, darunter auch der Hauptbeschuldigte Kubla, zur polnischen Nationalität, wodurch die ganze Gerechtigkeit dieser gegen die deutsche Minderheit gerichteten Beschuldigungen offenbar worden ist. Das politisch negative Ergebnis des Golassowitzer Prozesses läßt nun erst recht erkennen, warum man sich hier

so bemüht hat, den Termin für den Prozeß zu beschleunigen, da das Urteil auf jeden Fall noch vor der Januartagung des Völkerbundrats fallen sollte.

Der Staatsanwalt trug in seinem Plädoyer wohlweislich dem Umstand Rechnung, daß die Angeklagten und die polnischen Zeugen fallen, indem er sich nur auf den Kaufhandel als solchen beschränkte. Der Verteidiger hob seinerseits in geschickter, wirkungsvoller Rede hervor, daß es im Gegensatz zur Motivierung der Anklageschrift nicht gelungen sei, dem Prozeß die beabsichtigten politischen Charakter zu verleihen. In keinem einzelnen Falle konnten den beschuldigten Einwohnern von Golassowiz staatsfeindliche Umtriebe nachgewiesen werden. Mit ganz besonderem Nachdruck bezeichnete der Verteidiger die Unstimmigkeiten als die moralischen Urheber der unheilvollen Schicksale, weil sie durch ihr terroristisches Verhalten die Einwohner in Angst und Schrecken versetzt hätten. Der Staatsanwalt verzichtete gegenwärtig auf jede Entgegnung.

Das Urteil erscheint im Verhältnis zu dem Anklageauftrag fast geringfügig: Das Gericht verurteilte die beiden gefänglichen Hauptangeklagten zu je einhalb Jahren Gefängnis, einen dritten schwer belasteten Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis und vier Nebenangeklagte zu sechs Monaten Gefängnis. Der achte Angeklagte, dessen Mißbegriffen Aussagen benutzten worden war, wurde freigesprochen. Berufung wird von keiner Seite eingelegt werden.

So hat die „Entlastungsschrift“ im Golassowitzer Prozeß mit einer schweren Niederlage der polnischen Regierung geendet. Nach dem Fliegersturz im zweiten Heinfeld der polnischen Politik, aber Herr Zaleski ist ja in Paris bereits an der Arbeit, um den schlechten Eindruck zu verbessern.

Polnische Ausreden.

Warschauer Antwort auf die deutsche Minderheitenbeschwerde.

Die an das Völkerbundratssekretariat gesandte polnische Note, welche die Antwort Polens auf die deutsche Beschwerde in der Minderheitenfrage darstellt, bemerkt sich zunächst, den Nachweis zu führen, daß der deutsche Schritt den Rahmen der Minderheitenfrage verläßt und unmittelbaren politischen Charakter trage. Diese Haltung habe sich in dem von der deutschen öffentlichen Meinung geführten Pressefeldzug noch verstärkt, der sich angeblich auf irrtümliche Tatsachen und Vorurteile stütze.

Im zweiten Teil werden die deutschen Klagen wegen Erhöhung deutscher Wahlbeteiligung in Ostoberschlesien der Reihe nach unterzucht. Diese Ausführungen sollen dazu bestimmt sein, die deutschen Klagen auf Grund angeblich tatsächlicher zuverlässiger Unterlagen zu widerlegen. Die polnische Behauptung wird dabei wiederholt, daß die während der Wahlzeit eingetretene Erregung der Gemüter in Ostoberschlesien nur

die „Nüchternheit“

gewesen sei, welche der angebliche „Terror“ gegenüber der durch Minderheitsverträge ungeschützten polnischen Minderheit in Deutschland auf die polnische öffentliche Meinung ausgeübt habe. Ebenso habe die von Deutschland aus betriebene Bewegung gegen die Unantastbarkeit des polnischen Staates im polnischen Volke Unruhe hervorgerufen und den Treueverhältnis der deutschen Minderheit zu dem polnischen Staat geschadet.

Im dritten Teil versucht man den Nachweis zu führen, daß die Streitfälle während der Wahlzeit den Charakter „gewöhnlicher Wahlschwankungen“ gehabt hätten, die nicht mit den Wahlschwankungen in einigen Ländern, z. B. in Deutschland, verglichen werden könnten, wo die Erregung der Parteileidenschaften sehr ernste Formen angenommen und eine Reihe von Opfern gefordert habe.

Der Eindruck in Berlin.

Verflechtung der wirklichen Sachlage.

Die hierzu von zukünftiger deutscher Seite erwartete wird, dient der von Polen unternommene Versuch, den deutschen Beschwerden einen politischen Anstrich zu geben, nur der Verflechtung der wirklichen Sachlage und ist gleichzeitig ein Anerkenntnis der Schwäche des polnischen Standpunktes. Die deutschen Beschwerden sind nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck, um der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien den Schutz zu gewährleisten, den sie auf Grund der von Polen übernommenen Verpflichtungen eigentlich haben müßte, aber tatsächlich nicht hat.

Es gibt keinen Terror gegen die polnische Minderheit in Deutschland, und in den wenigen Verlässen geringfügiger Natur und lokaler Bedeutung, die gegen die polnische Minderheit gerichtet worden sind, hat die deutsche Polizei stets rücksichts-

los durchgegriffen, sofort Untersuchungen eingeleitet und die Schuldigen der Bestrafung zugeführt.

Umgekehrt hat in Ostoberschlesien sich der Terror nicht nur unter Zuhilfenahme, sondern teilweise unter aktiver Begünstigung der polnischen Polizei abgepielt.

Ein Vergleich zwischen den beiderseitigen Formen der Minderheitenbehandlung kann also nur zumungunsten von Polen ausfallen und ist nicht geeignet, um Stimmungsmäßig die unerhörten Vorgänge in Ostoberschlesien zu erklären. Die deutsche Minderheit in Polen würde glücklich sein, wenn sie der Behandlung teilhaftig würde, die die polnische Minderheit in Deutschland genießt.

Die Beschwerde des Völkerbundes für dringlich erklärt.

Wie aus Genf verlautet, soll die Beschwerde des Deutschen Völkerbundes über die Unterdrückung der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien vom Völkerbundratssekretariat als dringlich erklärt worden sein. Dies würde bedeuten, daß sie ebenso wie die deutsche Beschwerde auf die Tagesordnung der Januartagung des Völkerbundrats gesetzt würde. Die polnische Regierung hat die Vertagung der Eingabe bis zur Mai-tagung beantragt, da sie wegen der Kürze der Zeit keine Gelegenheit gehabt habe, zu der Beschwerde des Völkerbundes Stellung zu nehmen. Natürlich ist auch das nur eine Ausrede, um eine Verschleppung des ganzen Verfahrens herbeizuführen.

Berichterstatter für die Beschwerde des Deutschen Völkerbundes ist das japanische (!) Mitglied des Völkerbundrats.

Die deutsche Taktik in Genf.

Vortrag des Reichsaussenministers bei Hindenburg.

Am Dienstagvormittag fand zum erstenmal in der neuen Reichskanzlei unter Vorsitz des Reichskanzlers ein Kabinettsrat über die Genfer Ratstagung statt.

Der Reichsaussenminister, der in der Zwischenzeit mit den Regierungen der Ratstagung in Verbindung gekommen hat und am Vormittag bereits dem Reichspräsidenten Vortrag hielt, berichtete dem Kabinettsrat über die taktische Behandlung der deutschen Minderheitenbeschwerden in Genf.

Wie die Untersuchung der von Deutschland geschickten Terrorakte gegen die deutschen Minderheiten in Polen erfolgen soll, wird erst aus den Genfer Verhandlungen selbst hervorgehen. In Genfer Kreisen wurde

die Bildung eines Untersuchungsausschusses, gegebenenfalls unter Vorsitz des Präsidenten C. Lönner, erörtert. Sollte ein solcher Untersuchungsausschuss gebildet werden, so wäre also von dieser Ratstagung noch keine endgültige Stellungnahme des Völkerbundrats zu der deutschen Beschwerde zu erlangen. Das ist im Interesse der deutschen Minderheit nur dann erträglich, wenn die Reichsregierung unter allen Umständen verhindert, daß die gewünschte Verschleppungstaktik des Völkerbundes in Aktion tritt. Die ober-schlesische Bevölkerung und auch die Grenzbevölkerung ist durch die ständige Terrorisierung Deutscher durch Polen so gereizt, daß sie nur die Aussicht auf eine gerechte Hilfe für diese Vergewaltigung des Rechts in Schach hält. Die Folgen einer Verschleppung wären unausdenkbar, wenn die Bevölkerung das Vertrauen zur Reichsregierung verlieren sollte, von der sie stärkste Wahrung ihrer Interessen und endlich den Minderheitenschutz fordert, dessen Garant der Völkerbund ist.

60 Domänen in Gefahr.

Katastrophale Lage der Pächter.

Der Hauptausstoß des Preussischen Landtags beschäufte sich mit dem Hausakt der Domänenverwaltung. Hierbei stellte Staatssekretär Dr. Krüger fest, daß bei den verpachteten Domänen ein erheblicher Mangel an den Einnahmen zu verzeichnen sei.

Durch die Preis- und Abfallkrise habe die Lage der Domänen eine bedrohliche Gestalt angenommen. Der Pächter sei schwer gefährdet, aber auch im Weiteren sei schon ein Mangel zu verzeichnen. Etwa 60 Domänen seien gefährdet, ein Drittel stehe vor dem Zusammenbruch.

Man hofft, daß durch die Dithilfe noch ein Teil gerettet wird. Man will den Pächtern entgegenkommen. Zur Genüderung von Darlehen stehen noch 1,2 Millionen Mark zur Verfügung. Die alten, bewährten Pächter sollen erhalten werden. Zur Sanierung sind bisher in 32 Fällen, zur Neuanschaffung in 54 Fällen Darlehen von insgesamt 6,7 Millionen gemährt worden.

Die Arbeitsdienstpflcht.

Die Kosten erheblich höher als bei der Arbeitslosenversicherung.

Das Reichsarbeitsministerium hatte am 12. Januar die Spitzenverbände und einzelne Persönlichkeiten zu einer Aussprache über die Frage der Arbeitsdienstpflcht eingeladen. Staatssekretär Dr. Geib ging auf die verschiedensten Gesichtspunkte ein, unter denen das Problem der Arbeitsdienstpflcht zu prüfen sei. Die finanzielle Seite werde oft etwas stiefmütterlich behandelt. Gerade bei der heutigen Lage Deutschlands sei es aber erforderlich, daß man sich bei allem, was dem Staat Geld koste, die Finanzierung genau überlege.

Daraufhin machte ein Regierungsvertreter einige Angaben über die etwaigen Kosten einer Arbeitsdienstpflcht. In der Arbeitslosenversicherung werden zur Zeit gezahlt je Kopf und Monat einschließlich der Verwaltungskosten rund 80 Mark. Der Aufwand für die Jugendlichen ist etwas geringer. Die Arbeitsdienstpflcht würde erheblich mehr kosten. Zum Vergleich könnte dienen, daß in der Reichswehr jährlich auf den Kopf für Verpflegung, Bekleidung, Unterkunft usw. ohne Wohnung und 1400 Mark entfallen. Würden in der Arbeitsdienstpflcht auch nur 50 Pfennig Lohn gezahlt, so würde sich der Aufwand auf rund 1580 Mark erhöhen. Würde Tariflohn gezahlt, so ergäbe sich eine weitere Erhöhung um mindestens 1850 Mark im Jahre. Besonders wichtig sei die Frage der Materialkosten.

Nach den Erfahrungen der wertschöpfenden Arbeitslosenversicherung kostete das Arbeitslosentagewerk bei Materialkosten etwa 12 Mark, bei Langeneinnahme etwa 17-22 Mark, bei Straßenbau etwa 20-30 Mark. Durchschnittstag ist also etwa 15-18 Mark. Hierin entfielen auf den Lohn höchstens 8 Mark. Mitlin schwanken die Materialkosten zwischen 4 und 22 Mark täglich. Daraus ergibt sich, daß die Kosten eines dienstpflchtigen sich bei günstiger Berechnung auf kaum weniger als 10 Mark je Arbeitstag stellen, also auf 3000 Mark im Jahr.

Es kosten 100 000 jugendliche dienstpflchtige mindestens 300 Millionen Mark im Jahr gegenüber etwa 72-80 Millionen Mark Unterhaltungsaufwand. Ein Jahrgang jugendlicher männlicher dienstpflchtiger, der abzüglich der zu Verzeichnenden etwa 450 000 dienstpflchtige umfassen würde, würde daher mindestens 1,35 Milliarden Mark kosten. Neben den wirtschaftlichen Wert der Arbeitsdienstpflcht lassen sich Berechnungen nicht anstellen.

In einer eingehenden Aussprache lehnten die Vertreter der Wirtschaftsverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Einführung der Arbeitsdienstpflcht insbesondere aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen ab. Die Ablehnung erfolgte aber auch aus dem Grunde, weil man sich von einer erzwungenen Arbeit keine befriedigenden Ergebnisse versprechen könne. Außerdem bezweifelte man, ob überhaupt genügend Arbeitsgelegenheiten beschafft werden könnten, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung.

Was wir von Genf erwarten.

Appell an Reichsregierung und Völkerverbund. — Gegen Verschleppung des Verfahrens.

— Frankfurt a. M., 13. Januar.

In einer vom Verein für das Deutschtum im Ausland, dem Deutschen Ostbund, dem Schieferverein, dem Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen, dem Memellandbund, dem Schleswig-Holsteiner-Bund sowie dem Saarländer einberufenen Versammlung Frankfurter Bürger wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der die Versammlung ihrer Unterstützung und Ausdrück gibt, über den gegen deutsche Brüder und Schwägerinnen im abgetretenen Gebiete von Polen verübten Terror und den dadurch begangenen Bruch des Genfer Vertrages.

Die Versammlung erwartet von der deutschen Reichsregierung, daß sie bei der bevorstehenden Ratstagung in Genf keine Verschleppung der Wahrheit und keine Verschleppung des Verfahrens dulde und sich nicht mit leeren Versprechungen abfinden lasse. Dem Völkerverbund erwartet die Versammlung, daß er sich als Garant der bestehenden Verträge seiner den Deutschen im abgetretenen Gebiete gegenüber übernommenen Ver-

pflichtungen bewußt werden und sich um ihre Erfüllung endlich ernstlich bemühen werde.

Zuvor hatte der bekannte oberösterreichische Reichstagsabgeordnete Krätzl in eine von lebhaftem Beifall öfters unterbrochene Anrede gegen den polnischen Terror in Ostoberschlesien gehalten.

Immer noch Militärkontrolle.

Die deutschen „Mittlungen“ sollen untersucht werden.

Die Pariser Vorkontrollkommission, die man schon längst für abgetan hielt, läßt wieder einmal von sich hören. Nach mehr als Jahresfrist ist sie wieder einmal zusammengetreten, um neue „Mittlungen“ für die Vorkontrollkommission Deutschlands ausfindig zu machen.

Wie aus Pariser Vorkontrollkommissionen hervorgeht, scheint die Vorkontrollkommission die Auflösung des sogenannten interalliierten Militärkomites von Versailles, dessen Vorsitzender früher der Marschall Joffre war, und die Abwicklung der beschlossenen Geschäfte dem französischen General Paratier übertragen zu haben. Allem Anschein nach sollen über die nach Ansicht der Vorkontrollkommission „noch zu regelnden Fragen“ schriftliche Mitteilungen an Deutschland gemacht werden.

Nach den Ausführungen des „Berit Parisien“ hat es sich in der Sitzung der Vorkontrollkommission darum gehandelt, die deutschen „Mittlungen“ einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Bei dieser genaueren Prüfung hätten der Kommission die Unterlagen über in Berlin anwesenden Militärattachés zur Verfügung gestanden.

Die Vorkontrollkommission sollte lieber einmal dafür sorgen, daß die Alliierten endlich mit der Durchführung der allgemeinen Württemberg, zu der sie sich durch Unterzeichnung des Versailles Friedensvertrages ausdrücklich verpflichtet haben. Dort wartet ihrer eine viel dankbarere Aufgabe als in Deutschland, das bis zur Wehrlosigkeit entwaffnet worden ist.

Abg. Herold 7.

Der Alterspräsident des Reichstags einer Grippe erlegen.

— München, 13. Januar.

Der bekannte Zentrumsabgeordnete Landesabgeordnete Carl Herold ist am Dienstag in Sövelinkhof bei München i. B. im 83. Lebensjahr nach kurzer Krankheit an den Folgen einer Grippe gestorben.

Abg. Herold gebürtig seit 1889 dem Preussischen Landtag und seit 1898 dem Reichstag angehört. Er war der Verborene war Mitglied des Zentralkomites der Katholiken Deutschlands und sah seit 1906 im Vorstand der Reichstagspartei. Er war Ehrenvorsitzender der Partei, des Reichsparteivorstandes und des Reichstags und Landtagszentrums. Seit langen Jahren fungierte er als Alterspräsident im Preussischen Landtag. Beim Zusammentritt des neuen Reichstags war er auch dessen Alterspräsident.

Das Liebesdrama in St. Moritz.

Eifersüchtigkeit einer Engländerin.

Zu dem aufsehenerregenden Drama in einem Kurshotel von St. Moritz, werden jetzt nähere Einzelheiten mitgeteilt:

Der in den fünfziger Jahren stehende Wiener Schriftsteller Bruno Hofer lebt seit dem Verlassen mit seiner Frau und einem Sohn in St. Moritz. Ein zweiter Sohn hielt sich zu Studienzwecken in Luzern auf. Bald nach der Ankunft der Familie Hofer kam auch Frau Boulton, die Witwe des früheren Kapitläns und Savoy-Hotel-Direktors Boulton, aus London im gleichen Hotel ab. Hofer und Frau Boulton kannten sich von früher her. Frau Hofer war vor einigen Tagen abgereist. Es scheint nun, daß Hofer die Beziehungen, die zwischen ihm und Frau Boulton bestanden, abbrechen wollte. Daraufhin suchte die Engländerin eine Aussprache herbeizuführen. Hofer hatte sich jedoch in seinem Zimmer eingeschlossen. Da sich Frau Boulton keinen Einlaß verschaffen konnte, wartete sie im Vorraum vor der Tür.

Als ein Page des Hotels Hofer etwas überbringen wollte, und Hofer ihm auf sein Klopfen öffnete, drängte sich Frau Boulton mit dem Boten in das Zimmer, wo es sofort zu einem heftigen Wortwechsel zwischen ihr und Hofer kam. Kurz nachdem der Bote

das Zimmer verlassen hatte, trachten fünf Schüsse. Als Leute ins Zimmer traten, lag Hofer tot an Boden, während Frau Boulton schwer verletzt war. Hofer war von vier Schüssen getroffen, die fünfte Kugel hatte sich die Engländerin in die Brust gejagt. Ihre Verletzung ist schwer, aber nicht lebensgefährlich.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 14. Januar 1931.

Die Berliner Polizei ermittelte im Laufe der organisierte 64 auf dem von dem Kaiserlichen Wägen gemieteten Boden ein größeres Waffen- und Munitionslager. Es wurden u. a. aufgefunden 4400 Schuß Infanteriemunition und 600 Schuß Pistolenmunition.

Don Shovos 80. Geburtstag. Am 14. Januar vollendet der preussische Staatsminister a. D. Dr. von Shovos das 80. Lebensjahr. Er stammte aus der richterlichen Laufbahn, trat 1883 in den Reichspostdienst über, wurde 1908 Staatssekretär des Reichsschatzamt und preussischer Staatsminister. Von 1909 bis 1918 führte er jodann das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe. Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun und der Handelsminister Dr. Schreier haben Minister von Shovos ihre herzlichsten Glückwünsche telegraphisch ausgesprochen.

Reichstagsung des Christlich-sozialen Volksdienstes. Die Reichstagsfraktion, die Reichstagsfraktion sowie die Landtagsabgeordneten des Christlich-sozialen Volksdienstes, behandelten auf einer Reichstagsung in Kassel die gegenwärtige politische Lage. Nach eingehender Aussprache wurde der einmütigen Auffassung ein Ausdruck gegeben, daß der besondere Wert der gegenwärtigen Regierung darin bestehe, daß sie sich frei von parteiischen und fraktionellen Bindungen halte und die Kraft aufbringe, alle zur sachlichen Arbeit geeigneten und willigen Kräfte hinzuzuziehen. Mit starker Betonung wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, mit allen Kräften eine Umstellung der Außenpolitik im Sinne einer aktiven Revisionspolitik zu erreichen. Die Forderung des deutschen Volkes nach Recht und Freiheit sei jederzeit eine Forderung des christlichen Gewissens. Der Reichstagsfraktion wurde einstimmig die volle Vertrauen ausgesprochen und ihr für die zukünftige Arbeit im Reichstag volle Handlungsfreiheit gegeben.

Verhandlungen im Reichsbahnkonflikt. Die verhandelnden Eisenbahnerorganisationen haben den Schiedspruch über die Arbeitszeit für die Reichsbahn abgelehnt. Dagegen hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft die Verbindlichkeitserklärung beantragt. Der Reichsarbeitsminister hat bereits die Nachverhandlungen zu Mittwoch angeordnet.

Rundschau im Auslande.

Der Sekretär von Lloyd George wollte diese Tage in Kattowik, um sich über die Lage der deutschen Winderheit in Ostoberschlesien bei den in Frage kommenden Stellen zu unterrichten.

Bizetanzler Dr. Schöberl nimmt als Vertreter Österreichs an den Genfer Besprechungen der Studentenkommision für die europäische Union teil.

Der neue Gesandte Polens für Berlin ernannt.

Durch Verordnung des polnischen Staatspräsidenten wird der bisherige Staatssekretär im Reichsaussereamt Dr. Alfred Byski als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in Kattowik bei der Reichsregierung ernannt.

Neue Verhaftungen in Litauen.

Wie dem „Memeler Dampfboot“ aus Kowno gemeldet wird, wurden vier litauische Farmer sowie neun Studenten der litauischen Universität, die der litauischen Studentenverbindung angehören, verhaftet. Außerdem sind der ehemalige Finanzminister Dr. Karvelis sowie der Vorsitzende des Zentralkomites, Miksauskas, und der Generalsekretär des Zentralvorstandes einer Studentenorganisation, Stovas, festgenommen worden. Sie sollen für die Dauer des Kriegszustandes nach dem Konzentrationslager Wroclaw geschickt werden. Allen Verhafteten wird heftige Propaganda gegen die Regierung zur Last gelegt.

Aus Stadt und Land.

Mit 100 000 Mark auflösen. Der 36. Februar

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne.

88. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Und sie blieb an Juttas Lager sitzen, die mit weit offenen Augen dalag und ihr leise von allem, was geschah, erzählte. Ihre Gegenwart wirkte so beruhigend auf das erregte Mädchen, daß Lore gern ihren Schlaf opferte — auch dann noch, als Jutta müde die Augen schloß.

Sie hütete des Bruders Glüd.

Schundzwanzigstes Kapitel.

Unten sah mit sorgenvollem Gesicht Frau Berger bei ihrem Sohne. Die Ereignisse hatten sie überwältigt.

„Erich, du willst nun wirklich Jutta von Eggert trotz des Widerpruchs ihres Vaters heiraten?“ „Ich lehne den Tag herbei, Mutter!“ Ein Strahl der Freude brach aus Juttas Augen, sich will sie alles vergehen lassen, was sie Schmerzes hat leiden müssen. Meinen Leben lang will ich dir dankbar sein dafür, daß sie sich so tapfer zu mir bekämpft hat, und mir so viel Glück ins Leben bringt. Ich bin jung und stark und kann für sie arbeiten! Der Herzog ist mir wohlgeinnt — ich werde mich an ihn wenden. Er wird mir schon weiter helfen, daß sie nicht zu viel zu entbehren braucht und den Abstand zwischen jetzt und früher nicht zu schwer erträgt.“

Mit besonderer Mühsicht hatte er diese letzten Aufzeichnungen getan. Er beobachtete seine Mutter. Sie dachte nach — sie wollte ihm schließlich etwas sagen — doch mit keinem Wort kam er ihr zu Hilfe. Sie mußte selbst den Anfang finden!

„Erich, warum hast du dem Oberförster nicht gesagt, wer du eigentlich bist. Dann hätte er sicher ein Einsehen gehabt!“ bemerkte sie endlich zögernd.

„Hätte das jetzt einen Zweck, Mutter?“ Nein. Mit solchen unklaren Verhältnissen kann und darf ich nicht rechnen! Es hängt von dir allein ab, wie unsere Ziel-

lung zum Grafen Allwörden sein soll — dem Legationsrat Rüdiger Allwörden halt du es deutlich genug gezeigt, wie du denkst: daß wir keine Gemeinsamkeit mit der Familie haben sollen. Wie kann ich da gegen andere darauf pochen?“

Ein feines Rot farbte ihr Gesicht.

„Erich, das war Rüdiger, der Mann, der das Unglück in mein Leben gebracht! Den habe ich!“

„Und den Grafen Othofar — untern Vater?“

Sie schwie eine Weile, ehe sie leise entgegnete:

„Erich, er war ja euer Vater! Das habe ich — leider — nie vergeffen können! Und als das Schredliche über ihn hereinbrach, da dachte ich, er hätte in dir und Lore Erleichterung gefunden ihm so ich, dangingeratten Kinder gefunden. Doch du wollest ja nichts davon wissen! Um dich, mein Erich, würde ich ihm alles vergeben, wenn er dir den Weg zu deinem Glüd ebnete — — ich könnte ihn sogar darum bitten.“

Er sprang auf. Das hatte er doch nicht erwartet.

„Mutter, ist das dein Ernst?“

Sie nickte.

„Und wenn ich dich nun beim Wort halte — um Juttas willen?“

„Ich würde selbst gehen, für sie zu bitten, falls du es wünschst! — Und Jutta soll für ihre Liebe zu dir belohnt werden. Dein Vater muß dir — schon ihretwegen — eine dir zukommende Stellung einräumen! Du bist dem lieben Mädchen schuldig zu tun, was in deinen Kräften steht, damit ihr Opfer überflüssig wird.“

„Mutter, ich danke dir für dieses Wort. Doch ich sprich noch nicht zu ihr davon, ehe nicht Klarheit zwischen uns und den Allwörden ist!“

Er sagte die beiden Hände seiner Mutter und sah tief und forschend in ihre Augen.

„Mutter, und wenn ich dir nun sage, daß unser Vater uns sucht, daß er deiner in Sehnsucht denkt!“

Sie verberg das Gesicht in ihren Händen und wandte sich ab. Ah, das wußte sie ja schon! Und dann

legte Erich den Brief, den ihm Rüdiger gegeben, vor sie hin.

„Mutter, lies das hier,“ sagte er weich.

„In stiller Nacht las Frau Maria nochmals das Bekenntnis ihres Gatten, las von seiner Sehnsucht und seiner nie verlegten Liebe. Und die Erbinde ihres Herzens begann zu schmelzen — sie legte das Gesicht auf den Tisch und weinte bitterlich.“

Erich ging hinaus. Das mußte die Mutter mit sich allein abmachen ...

Er stand draußen und blickte hinauf nach dem kleinen Giebelfenster, das ein schwaches Licht zu ihm herabstrahlte. Und das schwache Licht wurde ihm zu einer großen, strahlenden Sonne, vor der er gebend die Augen schließen mußte. Schläfrlich streckte er die Arme aus.

„Jutta, mein Lieb, mein Alles,“ flüsterte er.

Lange stand er so; als er wieder hineinging, fand er die Mutter noch in der gleichen Stellung, wie er sie verlassen, doch die Tränen, die sie jetzt weinte, waren erlösende Tränen.

Er legte seine Hand auf ihr weißes Haupt und beugte sich zu ihr nieder.

„Mutter! Hat er vergebens geliebt? Darf unser Vater zu uns kommen?“

„Unter Tränen lächelnd sah sie ihn an.“

„Ja, Erich, er soll kommen, um dich glücklich zu machen.“

„Darum, Mutter? Nur darum?“

„Nein, auch um mich und um seiner selbst willen! Er soll in seinen letzten Jahren nicht mehr einsam sein!“ entgegnete sie leise, und mit einem schüchternen Lächeln: „Ich wußte es — ja schon, Erich, — den Brief habe ich schon gelesen.“

Da küßte er sie auf die Stirn. Und ging wieder hinaus. Für sein übervolles Herz war es drinnen zu eng, und er wanderte durch den geliebten Forst, bis die Morgenämmerung begann, bis der Osten rosig erglühete und strahlend die Sonne aufging. (Fortsetzung folgt.)

„Der schwarze Mann“

Zu den Leuten, die der Hausfrau und oft auch dem Hausherrn ungeliebt kommen, gehört der „Schwarze Mann“. Auch wenn er sich rechtzeitig und bescheiden angemeldet hat, gilt er oft als lästiger Eindringling, auf dessen Tätigkeit man am liebsten ganz verzichten möchte.

Und doch sind dem Schornsteinfeger Aufgaben gestellt, die für das Volkswohl und die Volksgesundheit große Bedeutung haben.

Der Schornsteinfeger trägt mit der Verantwortung für den feuergefährlichen Zustand der Feuerungsanlagen und Schornsteine. Er nimmt dadurch unter den Organen, die der Feuerverhütung, also der Vermeidung eines Schadenfeuers, dienen sollen, einen bevorzugten Platz ein. Feuerverhütung ist für den einzelnen und für die gesamte deutsche Volkswirtschaft ebenso wichtig, wie Feuerversicherung, von der jeder sorgsame Hausbesitzer Gebrauch zu machen pflegt.

Die feuerverhütende Tätigkeit des Schornsteinfegers hat jedoch leider mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen. Diese beginnen schon beim Bau neuer Schornsteine. Nach den Bauverordnungen soll der Bezirksschornsteinfeger häufig erst zur Gebrauchsnahme eine Besichtigung über die feuerlichere Benutzbarkeit der Schornsteine ausstellen. Zu diesem Zeitpunkt sind aber diejenigen Teile des Schornsteines, welche erfahrungsgemäß am häufigsten fehlerhaft ausgeführt werden, durch Verputzung und den Bau der Decken und Fußböden der Befestigung entzogen. Dem berechtigten und für die Feuerficherheit unentbehrlichen Wunsch der Organisationen der Bezirkschornsteinfegermeister, letztere auch schon zur Abnahme zuzuziehen, wird noch nicht überall entsprochen, wenn auch schon erfreulicherweise viele Behörden in letzter Zeit zu diesbezüglichen Vorschriften übergegangen oder im Begriffe sind, es zu tun.

Im Laufe der Zeit treten auch an vorkrisismäßig hergestellten Feuerungsanlagen Mängel und Fehler auf, die zum Ausbruch von Feuerbränden Anlaß geben können. So entstehen im Schornsteinmauerwerk zuweilen Risse, Neigungsröhren oder Schieber verrotten, Schornsteinböden verwittern, Ofenrohrböden werden mit Lumpen oder Papier verstopft, die zum Schutze höherer Fußböden vor den Feuerungsöffnungen vorgeschriebenen Bleche verschwinden usw.

Anstatt diese Mängel nach Möglichkeit sofort zu beseitigen, beantwortet der Hausbesitzer oder Mieter die Hinweise des Schornsteinfegers nicht selten an mandanten Orten mit Achselzucken. Kommt aber infolge pflichtgemäßer Anzeige eine Aufforderung der Lokalbehörde, den Mißstand zu beseitigen, ist die Entrüstung über den „Schwarzen Mann“ da. Hier könnte eine allgemeine „Brandverhütungsgesetz“ in regelmäßigen Abständen für alle Gebäude unter Teilnahme von Polizei, Feuerwehr und Schornsteinfeger noch viel bessern.

Soll der Schornstein seinen Zweck erfüllen, zu einer guten Ausnutzung des Brennmaterials beitragen und keine Gefahr für die Feuerficherheit des Gebäudes und die Gesundheit seiner Bewohner sein, muß er häufig und gründlich gereinigt werden. Das ist besonders wichtig zu einer Zeit, mo stark ruhende Kohle infolge ihrer Billigkeit sich fortgesetzt weitere Abgabebereite erodiert. In solchen Gegenden sollten die Hausbesitzer selbst auf häufigere Reinigung dringen, nicht aber, wie es hier und dort geschieht, die maßgebenden Behörden um Einschränkung der Zahl der Reinigungen angehen.

In den letzten Jahren haben die Brände, welche durch fehlerhafte Feuerungsanlagen und Entzündung des Rubes in den Schornstein entstehen, eine bedenkliche Zunahme erfahren und unserem Nationalvermögen schwere Verluste zugefügt. Gleichzeitig mehren sich die Berichte über Ertrankungs- und Todesfälle, welche dadurch verursacht werden, daß giftige, kohlenoxydhaltige Rauchgase infolge mangelhaften Schornstein-Zuges in bewohnte Räume gelangen. Hier handelt es sich um schnell verlaufende Vergiftungsfälle. Größer noch ist die Zahl beruhen Ertränkungen, die infolge geringen Kohlenoxydgebaldes der Zimmerluft einen gleichenden Verlauf nehmen und deshalb nur selten als Kohlenoxydvergiftungen erkannt werden.

Nach dem Gelagten ist die Tätigkeit des Schornsteinfegers nicht nur für den Volkswohlstand, sondern auch für die Volksgesundheit von großer Bedeutung. Hausbesitzer und Mieter sollten deshalb die kleinen Unannehmlichkeiten, welche mit dem Besuche des „Schwarzen Mannes“ verknüpft sind, und die im Verhältnis zum Erfolge geringen Gebühren geduldi tragen und ihm dankbar sein, daß er durch seine feineswegs angenehme, aber schwere und verantwortungsvolle Arbeit dem Wohle der Allgemeinheit und dem Nutzen des einzelnen dient.

Für sparsames Wirtschaften:

 MAGGI Würze <small>für Suppen, Soßen, Gemüse usw. in Flaschen von 20 Pfg. an.</small>	 MAGGI Suppen <small>in Würfel. Kochfertig, 28 Sorten. 1 Würfel für 2 Teller 13 Pfg.</small>	 MAGGI Fleischbrühe <small>Die Bouillon für alle Zwecke. 1 Würfel für ¼ Liter 4 Pfg.</small>
---	---	---

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen

Elßleth, den 15. Januar 1931

Tagessieger

○ Aufgang: 8 Uhr 36 Min. ○ Untergang: 4 Uhr 37 Min.

Schwasser:

11.42 Uhr Vorm. — 12.27 Uhr Nachm.
16. Januar: 12.50 Uhr Vorm. — — 1 Uhr Nachm.

* Der am 1. Mai v. J. von hier nach Wilhelmshaven versetzte Zollassistent Herr Georg Drieling wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1931 zum Zollsekretär ernannt. Drieling, der am 1. Februar d. J. sein 25jähr. Jubiläum bei der Zollverwaltung feiern kann, hat über 24 Jahre in Vienen gewohnt.

* **Verbandsstag des Stadlander Turnverbandes.** Am 11. Januar fand in Geißlers Hotel der diesjährige Verbandstag des Stadlander Turnverbandes statt. Er war von sämtlichen 14 Turnvereinen besetzt worden. Der Vorsitzende, Herr Helmut Schwarting, Elßleth, konnte ein erfreuliches Anwachsen der Mitgliederzahl feststellen. Der Verband hat jetzt reichlich 1250 Mitglieder, das ist eine Zunahme von 150. Die beiden größten Vereine sind Brate und Elßleth mit 335 und 255, die beiden kleinsten Altenhantorf und Vardenfleth mit 20 und 17 Mitgliedern. Das diesjährige Verbandsturnfest findet am 14. Juni in Vardenfleth statt. Der Verbandsgewerkschaftskampf soll am 17. Januar 1932 in Oldenburg abgehalten werden. Die Verbandstestkämpfe im vorigen Jahre nahmen einen sehr guten Verlauf und haben die Turnvereine sichtlich gefördert. Sowohl das Verbandsturnfest in Ovelgönne als auch der Gewerkschaftskampf in Altenhantorf waren von den festgelegten Vereinen fein vorbereitet und fanden bei der Bevölkerung großen Anklang. Im laufenden Monat arbeitet in unserm Verbandsverband der Wanderturnlehrer des 5. Kreises, Herr Franke. Er versteht es in vorzüglicher Weise, den Vereinen Anregungen zu geben. Der Verbandsvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Als Verbandsvorstand für das Frauenturnen (Gymnastik) wurde Frau E. Daneil, Elßleth, gewonnen. Das Geräteturnen bleibt in der bewährten Hand des Herrn Wellmann. Der Geschäftsführer des Verbandes, Herr Anshand, erweist sich als tüchtiger und parlamentarischer Hausvater, der auch bei kleinem Einkommen wirtschaften kann. Herr Schwarting forderte die Vereine zu zahlreichem Besuche des Sonntagabend 25. Januar auf, und dann wurde mit einem frischen Turnverlebe die anregende Tagung geschlossen. Gut Heil!

* **Von der oldenburgischen Pferdezucht.** Zu der am 9., 10. und 11. Februar in Oldenburg stattfindenden Hengstprüfung sind, entgegen der in Züchterkreisen allgemein vertretenen Annahme, 5 Hengste mehr als im Vorjahre, nämlich insgesamt 163 Tiere angemeldet worden. Von diesen sind 68 ältere, bereits gefürte, und 95 dreijährige, noch nicht gefürte Hengste, 81 ältere und 87 junge Hengste kommen in Oldenburg zur Vorführung. — Für die DVG-Ausstellung in Hannover wurden auf Veranlassung des Pferdezüchterverbandes eine beträchtliche Anzahl von Pferden in Oldenburg auf ihre

Tauglichkeit als Fahrperde für den Vierer- bzw. Sechserzug geprüft. Die Veranstaltung auf dem Pferdemarkt platzte hatte viele Zuschauer herangelockt. Bei der scharfen Auslese genühten nur drei Tiere den gestellten Ansprüchen. — Die „Sommerelle“ des Landwirts G. Schildt in Hammelwarderaufendeich bei Brate ist für das große Reichsverbandsturnier in Berlin gelegentlich der Grünen Woche vom 28. Januar bis 6. Februar gemeldet. Dazu sind über 3000 Nennungen ergangen.

* **Eine gerechte Vergünstigung** widerfuhr den Gemeindebeamten durch eine Verfügung des Staatsministeriums, wonach der Artikel 99 der Gemeindeordnung eine Aenderung bzw. eine Nachgabe folgenden Wortlauts erhielt: Unwiderruflich angestellte Gemeindeführer können nur vom Dienstgericht an dem Dienst entfernt werden. Die Vorschriften des Artikels 78, § 1 b, Nachsatz des Zivilstaatsdieneregesetzes finden entsprechende Anwendung. Auch können unwiderruflich angestellte Gemeindeführer nach den Bestimmungen des Zivilstaatsdieneregesetzes unter Befassung der Hälfte der Besoldung als Wartegeld vom Dienstgericht ihres Amtes entlassen werden. — Bisher konnte ein Gemeindebeamter die Entscheidung des Dienstgerichts nur dann beantragen, wenn die Gemeindevertretung seiner etwaigen Entlassung nicht zustimmte. Dazu hatte er keinerlei Ansprüche an die Gemeinde für den Fall seiner Dienstentlassung.

* **Neuenbrof.** Als neue Mitglieder sind in den Gemeinderat eingezogen die Landwirte Gerh. Jolte, Georg Gebken und Georg Böning, welche in der Gemeinderatsversammlung nach einer kurzen Begründung durch Gemeindevorsteher Schwarting verpflichtet wurden. Der erste Punkt der Tagesordnung galt den Wahlen. Es wurden gewählt: als Beigeordneter zum Gemeindevorstand Hr. Wragge, als Bezirksvorsteher Joh. Wülfemann, Oberhörne, und Karl Gaake, Niederhörne. Die Wahl des Amtsratsmitgliedes wurde auf Antrag ausgesetzt bis zur nächsten Sitzung. Auf eine Eingabe des Landwirts Karl Böning, die Neuenbrof Hüller, die an dessen Ländereien entlang führt, aufzumessen und heraufzuheben, wurde beschloffen: Eine Befestigung durch den Gemeinderat soll stattfinden. Die Hüller soll, so weit Wasser und Witterung es zulassen, bis Mai befriedmäßig hergestellt werden. Der Gemeinderat spricht sein Bestreben darüber aus, daß bisher den durch die Mühlengasse arg geschädigten Landwirten noch nicht geholfen sei. Der Gemeindevorsteher wird beauftragt, in energischer Weise bei Amt und Regierung vorstellig zu werden. Die gemeindliche Biersteuer soll erst beschloffen werden, sobald eine andere Gemeinde des Amtsbezirks diese beschließt. In Anbetracht der durch die Mühlengasse hervorgerufenen Notlage der Landwirtschaft faßt der Gemeinderat folgenden Beschluß: Die Gemeinde ist bereit, hundert Prozent der gemeindlichen Grundsteuer zu erlassen, wenn der Staat sich bereit erklärt, den Steuerpflichtigen der Gemeinde Neuenbrof dieselbe Summe zu erlassen. Die hierdurch entfallenden Einnahmen in der Gemeindekasse sollen vorläufig durch einen laufenden Kredit ersetzt werden.

* **Brate.** In einem an die oldenburgische Staatsregierung gerichteten Schreiben des Reichsfinanzministers gibt dieser die Ansicht kund, zum April d. J. Brate keine Stellung als Freifahrer, die es seit dem 1. Januar 1895, also seit 95 Jahren innehat, aus Ersparnisgründen zu

alte Rendant des Bütgermeisteramtis Tuer nich (Kreis Bergheim), Gerhard Schloemer, ist unter Mitnahme der Gemeindefasse, in der sich über 100 000 Mark befanden, flüchtig. Zur Flucht benutzte er einen Kraftwagen. Er ist im Besitze eines internationalen Fahrerausweises, den er sich vor wenigen Tagen vom Landratsamt in Bergheim hatte ausstellen lassen, sowie eines Führerscheins. Man nimmt an, daß er ins Ausland, wahrscheinlich nach Holland, geflüchtet ist, da er sich vor wenigen Tagen einen Paß beschafft hat.

* **Ward und Selbstmord eines Amtsgerichtsrates.** Zu Reichensbach i. Vogland wurde der Amtsgerichtsrat Schubert in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Seine Ehefrau lag mit eingeschlagenem Schädel tot im Bett. Wie die polizeilichen und gerichtlichen Ermittlungen ergeben haben, liegt zweifelslos Mord und Selbstmord vor. Durch das Verlassen eines Raumes, das aus der Schubertschen Wohnung drang, waren Hausbewohner alarmiert worden und hatten daraufhin die Polizei benachrichtigt.

* **Gesäftsverhandlungen im Ruhrbergbau.** Für die Geschäftsverhandlungen der technischen und kaufmännischen Angestellten des Ruhrbergbaus hat der Besondereverband in Essen als Termin den 21. Januar in Aussicht genommen, doch sind die Einladungen an die Angestelltenvereinigungen noch nicht herausgegangen.

* **Arbeitsentlassungen in der Buppertaler Textilindustrie.** In verschiedenen Betrieben der Textilindustrie Buppertals haben die Gummiwandarbeiter und Maschinisten ihre Arbeitsverträge gekündigt und die Arbeit fristgemäß niedergelagt. Wie von Arbeitgeberseite mitgeteilt wird, wurde dadurch die Schließung einiger Fabrikbetriebe und Entlassungen von Arbeitern notwendig. Von der Arbeitsniederlegung und Betriebschließung wurden bisher etwa 2500 Mann betroffen.

* **Der Angestellten-Schiedspruch in Breslau von den Arbeitgebern abgelehnt.** Der am 7. d. M. gefällte Schiedspruch, der die Gehälter der kaufmännischen und technischen Angestellten in Breslau ab 1. Januar 1931 neu regelt, ist von Arbeitgeberseite abgelehnt worden. Wie der Gewerkschaftsbund der Angestellten mitteilt, haben sich die Angestelltenverbände für die Annahme des Schiedspruchs entschieden und werden beim Schlichter nunmehr die Verbindlichkeitsklärung beantragen.

* **Der Brand auf der Welle Hohenerwerfen.** Wie fest steht, ist der Brand auf der Welle Hohenerwerfen bei Salzburg dadurch entstanden, daß in einer Räucherlampe der vermoderte Holzboden Feuer fing. Im Haupttrakt des Schlosses wurden alle Privatzimmer des Erzherzogs Eugen und das Paradezimmer mit teilweise sehr wertvollen Altertümern, ferner die oberen Holzzimmer mit nicht ererbtem Material, vernichtet. Die Altertümer in dem Bruntzimmer konnten gerettet werden, ebenso die Inneneinrichtung der Schlossküche.

* **Der Generalbevollmächtigte des Fürsten von Pleh in Ost-Oberschlesien, Generaldirektor Dr. Hasse,** hat in einem Schreiben an die Generaldirektion mitgeteilt, daß er sein Amt niederlege. Dr. Hasse bekleidete sein Amt als Generalbevollmächtigter 26 Jahre, nachdem er vorher Syndikus der Doppelner Handelskammer waren. Unter seiner Leitung erfuhr die Plehschen Unternehmungen einen erheblichen Ausbau.

* **Chrenologie für eine Mutter von 16 Kindern.** Die Bäuerin Bahselier aus Gellis in der Bourgogne wird auf Vorschlag des Landwirtschaftsministers mit dem Orden der Chrenologie ausgezeichnet werden. Die 16 Jahre alte Frau verbank die Auszeichnung der Nachsage, daß sie 16 Kindern das Leben geschenkt hat.

* **Deutscher Kommunist aus England ausgewiesen.** Der deutsche kommunistische Abgeordnete Sobotta, der im Bergbaugebiet von Sidwales Neben gehalten hat, in denen er zum Streit aufforderte und einen Symptombrief in Deutschland verpackt, ist ausgewiesen worden. Die Einreise war ihm nach England nur für persönliche Zwecke gestattet worden.

* **Erdbeben in der Türkei.** Ein heftiges Erdbeben wurde in der Umgegend von Konia verpicht. In einem Dorfe stürzten 80 Häuser ein. Die Stöße dauern weiter an. Todesopfer sind nicht gemeldet.

* **Die Lynchjustiz in den Vereinigten Staaten.** In Maryville (Missouri), wurde ein Neger, der eine neunzehnjährige Lehrerin vergewaltigt und ermordet haben soll, von einer aus Männern und Frauen bestehenden 200köpfigen Menschenmenge gehängt. Er wurde auf dem Dach der Schule festgebunden und die Schule wurde dann in Brand gesetzt.

* **Erdbeben auf der Sträflingsinsel.** In den letzten Tagen haben 27 heftige Erdstöße die Sträflingsinsel Maria's Insel, die Gefangenenkolonie Mexicos, erschütterte. Die Gefangenen sind von einer panikartigen Hysterie ergriffen.

* **Wätsche verminderter Flieger aus der australischen Wüste.** Zwei Flieger, die seit dem 20. Dezember v. J. vermisst wurden und inzwischen von Fliegerleutnant Eaton bei einem Erkundungsflug in der mittelastralischen Wüste entdeckt wurden, ohne daß es Eaton gelang, ihnen Hilfe zu bringen, sind nach einer wochenlangen Wanderung durch die Wüste in völlig erschöpftem Zustand in Alice Springs eingetroffen. Sie erklärten, daß sie sich 21 Tage lang von Wasser, zwei Milchtablets, getrocknetem Gras und Raulquabben ernährt hätten.

* **Ein chinesisches Kaufschiff geprügelt.** Der Dampfer „Hinming“ der Chinesischen Handels-Dampfschiffahrtsgesellschaft meldete durch Funkpruch aus der Honghai Bay, daß er zwischen Sanghai und Futshan von Seeäubern angegriffen worden sei. Zu einem Wutvergleichen kam es nicht. Das Schiff wurde nach der Honghai Bay geführt, wo die Piraten an Land gingen. Sie nahmen drei weibliche Passagiere und einen Handelsagenten als Gefangene mit, außerdem einen beträchtlichen Teil der Ladung. Der Dampfer „Hinming“ fährt nach Futshan.

Kleine Nachrichten.

* **Konteradmiral a. D. Friedrich v. Kühneltter,** der sich im Weltkrieg an der Verteidigung der Dardanellen rühmlich beteiligte, ist im Alter von 65 Jahren in Berlin-Vierriedel gestorben.

* **Der Oberbürgermeister von Mainz, Dr. Külb,** hat nach 12jähriger Amtszeit seine Rücktritt in den Ruhestand aus Gesundheitsgründen beantragt.

* **In Frankreich** ist wieder ein betrügerischer Bankier verhaftet worden, und zwar der Leiter der Pariser Bank in Geraudmer, der 800 000 Franken unterschlagen haben soll.

nehmen. Begründet wird diese Ansicht mit dem Hinweis darauf, daß der Verkehr immer mehr zurückgegangen sei, weil die durch die Unterwasservertiefung geschaffenen günstigen Verhältnisse den Verkehr immer mehr nach Bremen gezogen haben und Brack nur für Schiffe bis zu 3000 Tonnen Tragfähigkeit zugänglich sei. Es lasse sich in der heutigen Zeit nicht erwarten, einen kostspieligen Hafenerweiterung, der 18 Beamte erfordere, aufrechtzuerhalten. Die Aufhebung des Freibezirks würde keine nachteiligen Folgen haben. Mit dieser schon vor Jahren beabsichtigten Maßnahme befaßte sich in seiner letzten Sitzung der Handelsverein, der betonte, daß der augenblickliche Zeitpunkt der allerungeeignetesten für die Aufhebung sei. Man erhoffe von der zukünftigen Inbetriebnahme des Küstenkanals eine Belebung des Hafenerverkehrs. Schließlich gab man der Meinung einseitig Ausdruck, daß eine Aufhebung des Freibezirks unter gar keinen Umständen in Frage kommen könne und alles versucht werden müßte, diesen das Wirtschaftsleben so einseitig schädigenden Schritt zu verhindern.

*** Delmenhorst.** Ein noch glücklich verlaufener Unglücksfall ereignete sich in der Grüntenstraße. Ein Lastfuhrwerk wollte den ungeicherten Bahübergang passieren. In diesem Augenblick brauste der Harpstedter Zug vorbei, als sich der Wagen bereits auf den Schienen befand. Im letzten Augenblick gelang es dem Führer, das Steuer herumzulenken und haarfährig neben dem Zug auf dem anderen Geleise eine Strecke mitzufahren. Der Zug wurde sofort zum Halten gebracht. Der Bahübergang ist hier sehr unübersichtlich, anscheinend hat der Kraftwagenführer das Läuten der Lokomotive überhört. Nur der Geistesgegenwart des Chauffeurs ist es zu danken, daß ein größeres Unglück vermieden werden konnte.

*** Oldenburg, 13. Januar 1931.** Zentralviehmarkt. Amtlicher Marktbericht. Zucht- und Nutztiermarkt. Auftrieb: 131 Stück Großvieh, darunter 21 Kühe. Es kosteten:

hochtragende Kühe	1. Qualität	550—600 RM
"	2. Qualität	480—540 "
"	3. Qualität	300—450 "
tragende Kühe	1. Qualität	440—480 "
"	2. Qualität	300—430 "
güfte Kühe	"	200—300 "
Zuchtkühe	"	200—300 "
Zuchtkühe bis 2 Monate alt	"	80—120 "
Zuchtkühe (bis 14 Tage alt)	"	40—70 "

Ausgelagerte Tiere in allen Gattungen über Notiz. Marktverkauf: Schleppe.

S Oldenburg. Ein bewegtes Leben hat der am 8. Juli 1902 in Wilhelmshaven-Heppens geborene Arbeiter Wilhelm Evers, der sich augenblicklich in Hamburg in Unterhosenhaft befindet und, da er geständig ist, vom Erschießen in der Hauptverhandlung entbunden wurde. Er verbrachte mehrere Jahre in der Fremdenlegion, wurde dort krankheitshalber entlassen und bezieht noch eine französische Rente. Ihm wurden fünf zum Teil schwere Diebstähle und zwei Betrugs-Verurteilungen zur Last gelegt. Als er sich in Oldenburg niedergelassen hatte, kam er im vorigen Sommer ins Krankenhaus zu Oldenburg. Die dort gemachten Befanntschäften mußte er zu verbrecherischen Zwecken aus. Er erschien nach seiner Entlassung bei einer

Witwe in Wilhelmshaven, um angeblich für deren im Krankenhaus liegenden Sohn Wäsche zu holen. Als die Frau ihn kurze Zeit allein ließ, entwendete er ihr eine Handtasche mit etwa 90 RM barem Gelde, einer Damenuhr und sonstigen Gegenständen. Auch die Wäsche behielt er für sich. Einem Landwirt aus der Gegend von Oldenburg, der ebenfalls im Krankenhaus mit ihm gewesen war, bestahl er gelegentlich eines Besuches um einen erheblichen Geldbetrag. Aus dem Krankenhaus war er heimlich verschwunden. Die anderen Diebstähle bezogen sich auf Kleidung, Schuhe und dergl. Bei seiner Vernehmung hat er erklärt, daß ihm immer erst nachher einfallt, was er vorher gemacht habe. Antrag: 5 Monate Gefängnis, Urteil: 4 Monate Gefängnis. — Einen erbitterten Kampf gegen seine frühere Arbeitgeberin, eine Hamburger Firma, führt seit längerer Zeit der in Oldenburg wohnhafte, 1888 in Kirchhof bei Hameln geborene Heizungsbaumeister Friedrich Golemeier. Er entzweite sich mit der Firma und strengte eine Entschädigungsklage gegen sie an, die noch schwebt. Insbesondere vernahm er sich gegen eine seinerzeit von der Firma in der Zeitung veröffentlichte Erklärung, daß er wegen Unregelmäßigkeiten entlassen sei. Am 25. Juni 1930 richtete er an die Firma ein Schreiben, in dem er ihr mitteilte, daß er ein Rundschreiben an Rundschau, Behörden und Bauämter erlassen werde, falls sie sich nicht innerhalb einer Woche zu einem annehmbaren Vergleich verstanden haben werde. Wegen dieses Vorgehens hatte er sich eine Anklage auf Erpressung zugezogen. Der Anklagevertreter hält ihn dessen schuldig, beantragt aber unter Verzichtung seiner Stimmung anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von acht Tagen eine Geldbuße von 40 RM. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Schiff, betont, daß der Angeklagte sich angeht, der nach seiner Meinung jedenfalls berechtigten Forderung keinerlei Vermögensvorteile verschaffen, sondern nur den Frieden wollte. Objektive habe er sich eines Erpressungsversuches daher keineswegs schuldig gemacht. Zweifelloso habe ihm aber auf jeden Fall das Bewußtsein bzw. der Wille geseht, auf eine nicht erlaubte Art etwas erreichen zu wollen in bezug auf seine Forderung, so daß mindestens aus subjektiven Gründen seine Freispredung erfolgen müsse. Dazu sei eine vielfach vorhandene Meinung falsch, daß man ohne weiteres nach Entlassungen von Arbeitnehmern derartige Befanntmachungen ergehen lassen dürfe, wie hier geschehen. Das Gericht folgte diesen Ausführungen und sprach den Angeklagten kostenlos frei.

*** Oldenburg.** Die Vollsitzung der Landesynode beschäufigte sich am Sonnabend mit dem Antrage, daß die Synode die Erhebung des Erntedankfestes und des Reformationsfestes zu geistlichen Feiertagen von neuem fordern soll. Der Petitionsauschuß hat in seinem Bericht besonders hervorgehoben, daß diese Forderung nicht nur bei den Antragstellern vertreten werde, sondern daß der Wunsch nach Erhebung der beiden Feiertage zu geistlichen Feiertagen in den Kirchenräten ziemlich allgemein ist. Bedenken waren gegen die augenblickliche Wiedereinführung im Hinblick auf die wirtschaftliche Notlage geäußert worden, bei der die Wirtschaft, vor allem aber die Arbeiter, auf zwei Arbeitstage in einem Monat nicht verzichten wollen.

Da im übrigen die Arbeitnehmer, die in den preussischen und bremischen Grenzbezirken arbeiteten, sich an eine Arbeitsruhe im Freistaat Oldenburg nicht lehnen könnten sei eine einheitliche Durchführung nicht möglich. Allgemein abgelehnt wurde im Ausschuß eine Verlegung der Feiertage auf die beiden folgenden Sonntage. Wegen des allgemeinen Wunsches und der wichtigen Kundgebungen, die aus der Lande gekommen seien, wurde jedoch nicht der Antrag & Petitionsauschusses, der die Forderung der Antragsteller für erwünscht hielt, im übrigen aber die vorhandenen Bedenken zum Ausdruck brachte, sondern der nachstehende Antrag von der Synode mit großer Mehrheit (nur 2 Müritinger Vertreter enthielten sich der Stimme) angenommen: Die Landesynode begrüßt aufs wärmste die auf Erreichung des geistlichen Schutzes für Erntedankfest und Reformationsfest gerichteten Bestrebungen, wie in den Anträgen der Pfarr-Konferenzen der Kirchzentre Delmenhorst usw. zum Ausdruck gekommen sind. Es ergeht den Oberkirchenrat, zu gegebener Zeit und an geeigneten Orten mit Nachdruck für die Erreichung dieses Zielles einzutreten. Weiter wurde ein Zusatzantrag der Abgeordneten Degele angenommen: Die Synode erwartet, daß Behörden, Private und Arbeitgeber ihren Beamten und Angestellten auf Wunsch Gelegenheit geben, an diesen Feiertagen den öffentlichen Gottesdienst zu besuchen.

Bücherchau

Ein wichtiges Problem „Vater und Tochter“ wird in der neuesten Nummer von „Der Fecht“, die Zeitschrift der Frau ausführlich behandelt. Eine neue Auktit unter dem Titel „Frau und Beruf“ wird jede Leserin interessieren, denn nicht nur die berufstätige Frau, auch die Hausfrau und das junge Mädchen das sich noch nicht für einen bestimmten Beruf entschieden hat, finden hier viele wichtige Fragen beantwortet und können späterhin auch selbst ihre Fragen stellen. Dieses Gebiet verwandt ist der Aufsatz über die Weiterprüfung der in der Hauswirtschaft ausgebildeten Frau. Es fol ein Bericht über das eigenartige, tragische Schicksal & Marceline Desbordes-Balmore, einer französischen Schauspielerin und Dichterin und einer Fortsetzung der „Lebenstuden neuer Jugend“ unter dem Titel „Neue Sachlichkeit“ Mehrere ernste und heitere Kurzgeschichten, ein sehr interessanter Bericht über die Spiele der kleinen Mädchen in Japan, auserlesenes Bildmaterial, ein Theaterbericht die beiden laufenden Romane „Anita denkt an Dich...“ von Franz Saxer und „... noch bleibt der Weg nach Oro“ von Nanny Lambrecht, Ratsschläge für den Autopiloten und für die Bereitung leckerer Vorpeffen einige gute und einfach herzustellende Rezepte geben dem Fecht ein abwechslungsreiches, interessantes Inhalt. Jede Leserin kann sich an dem Anzeigen- & Wettbewerb und an der lustigen Preisaufgabe beteiligen. Wertvolle Preise winken. Ausgehendem beginnt in dieser Nummer der Butterdickmenden d. h. von allen im Fecht abgebildeten Modellen bekommen die Leserinnen in den angegebenen Größen Schnittmuster die einen tadellosen Sitz garantieren.



3 Ausnahmetage

Donnerstag, Freitag und Sonnabend

verabfolgen wir beim Einkauf von RM 3.— (Zucker ausgeschloffen) als Zugabe

1/2 Dutzend süße Apfelsinen

Thams & Garfs

Kirchliche Nachrichten
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Bibelstunde

Badeanstalt Arnold Ahlers
Bannenbäder / Duschbäder
Heißluft- u. Dampfbäder
Badezeit täglich von 9—19 Uhr
Empfehle zu Freitag und Sonnabend:

Schellfische, Rotzungen, Schollen, Fisch-Filet Goldbarsch
K. Ihmels.
Freitag von 5—7 Uhr:
Prima Rohfleisch
sowie
gekochte Mettwurst und Nagelholz
bei Ww. Popken.
Es handelt sich um bedeutend herabgesetzte Preise
W. Hohn.

Zwangsversteigerung
Am Freitag, d. 16. Jan., nachm. 2 Uhr, gelangen in August Gasthause:

- 6 Tischgrammophone
- 28 Platten
- 1 Sofa
- 2 Plüschessel
- 1 Rauchtisch
- 1 Spiegel mit Konsole
- 1 runder Studentisch m. Decke
- 1 Sofaborte
- 4 Wandbilder und
- 1 Herrentahrrad

gegen Verzahlung zur Versteigerung.
Gleisfeld, d. 14. Januar 1931
Wilkens.
Obergerichts-vollzieher.

Umständehalber **billig zu verkaufen**
Radio-Apparat
(3 Röhren)
Nachzuf. in der Geschäftsst.

Inventur-Ausverkauf

Damen-Mäntel
Konfirmanten - Mäntel
Kinder-Mäntel

mit und ohne Pelz und
ca. 30 Wollkleider

zu ganz niedrigen Preisen

zu verkaufen

6 junge Hühner

(Barnevelder)

Peterstraße 4, oben

Wohn- u. Schlafzimmer

auf sofort oder später zu vermieten. Nachfragen in der Geschäftsstelle.

FACKELZUG

der vaterländischen Verbände

Antreten: 7.30 Uhr abends bei Neynaber
Abmarsch: 7.45 Uhr abends bei Neynaber

Reihenfolge: Kriegerverein, Marineverein, Stahlhelm, Junglandbund Eisleith

Fackeln werden bei Neynaber an die Verbände ausgegeben

Junglandbund Eisleith

Sparverein 1929 Lienen

Kommanden Sonnabend,
8 Uhr abends

Versammlung

Vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig

Der Vorstand

Huntebrück

„Zur Erholung“

Sonntag, den 18. Januar

St. Kappenball

verbunden mit

Boddbierfest

Anfang 7 Uhr

Es ladet freundlichst ein
Fritz Stolle

FACKELZUG

der vaterländischen Verbände

Antreten: 7.30 Uhr abends bei Neynaber
Abmarsch: 7.45 Uhr abends bei Neynaber

Reihenfolge: Kriegerverein, Marineverein, Stahlhelm, Junglandbund Eisleith

Fackeln werden bei Neynaber an die Verbände ausgegeben

Junglandbund Eisleith

Auß Brot, zum Backen, Braten, Kochen
bevorzugt man die Feinstof-Obelmargarin

Wunder von Oldenburg

fettreich, frisch und gesund, das halbe Pfund
nur 50 Pfg., 1/4 Pfund RM 1.—

Erhältlich bei: **Emil Haase, Steinstraße**



Oeffentliche Versammlung

am Freitag, dem 16. Januar
abends 8 Uhr, im „TIVOLI“

Redner: Pg. Popke Vienna, Nordde
Unkostenbeitrag 0.30 RM Juden haben keinen Zutritt

Freie Aussprache
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Ortsgruppe Eisleith

Gasthof „Zum Deutschen Hanse“

Sonntag, den 18. Januar

BALL

Es ladet freundlichst ein
Hermann August

STATT KARTEN

Meine VERLOBUNG mit Fräulein Dr. phil. Lore Gminder, Tochter des Herrn Dr. Ing.-e. h. Emil Gminder und seiner Frau Gemahlin Elise geb. Gminder in Reutlingen (Würtbg.) gebe ich hierdurch bekannt

Enno Huchting
Regierungsbaumeister a. D.

Bremen, Bischofs-nadel 5
Januar 1930